

## Über die Notwendigkeit einer kontinuierlichen kritischen politischen Erwachsenenbildung: Das Beispiel der Ulmer Volkshochschule

Lothar Heusohn

Zunächst ein paar einleitende Sätze zur Ulmer Volkshochschule. Die vh, wie sie in der Kurzfassung heißt, wurde im April 1946 gegründet und befindet sich seitdem in Trägerschaft eines eingetragenen Vereins. Ihre Gründung durch Inge Scholl, der Schwester von Hans und Sophie Scholl (»Weiße Rose«), stand unter dem Motto der »geistigen Entnazifizierung« bzw. des Weiterarbeitens »im Geiste der Gemordeten«. Das heißt: Sie verortete sich ausdrücklich in der Tradition der »Weißen Rose«. Es ging darum, das moralische und politische Erbe dieser Widerstandsgruppe gegen die Nationalsozialisten in die Tat umzusetzen, also in jeder Hinsicht einen Neuanfang zu wagen. Dieser Neuanfang sollte am Denken der Menschen ansetzen. Eine Programmschrift formulierte es im April 1946 so:  
*»Die deutsche Katastrophe ist im Anfang und im Grunde eine Folge des falschen Denkens, und eine neue Zukunft kann darum nur mit einem Umdenken beginnen.«  
»Abwegig erscheint es uns, von der Volkshochschule Berufsausbildung zu verlangen. Der Volkshochschule geht es nicht um Ausbildung, sondern um Bildung.«*

»Einmischung erwünscht« wurde in diesem Rahmen zum konstitutiven Element der Tätigkeit. »Einmischung erwünscht« – auch (und gerade) in kommunal- und regionalpolitische Diskussionen und Kontroversen, »Einmischung erwünscht« als Ideengeber und Austragungsort für das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen und Positionen. Die vh wollte in jeder Hinsicht »Ermöglichungsort« sein. Oder – um es mit einem anderen Begriff der damaligen Zeit zu benennen – eine »Schule der Demokratie«.

Es wurde nicht nur affirmativ über die zentralen Themen der Gesellschaft diskutiert, sondern immer mit kritischem Impetus. »Was ist Volkshochschule?« – dazu schrieb der Schriftsteller Alfred Andersch im September 1953 im vh-Monatsspiegel:  
*»Es gibt Menschen, die von einem natürlichen Jagdfieber gepackt werden, wenn sie auf etwas stoßen, von dem sie nichts wissen. Und es gibt Menschen, die gegenüber allem, was sie wissen, den Standpunkt des Zweifelnden einnehmen, die Haltung kritischer Zweifelsucht. Die Leute mit dem Jagdfieber und mit dem Hang zur Kritik sind die natürlichen Feinde aller Diktatur-Systeme.  
Eine Volkshochschule sollte so lebendig sein, dass sie das Jagdfieber weckt, und so erzieherisch, dass ihren Hörern das Fragen zur zweiten Natur wird. Wenn sie das erreicht, dann gibt sie den Menschen viel mehr als ‚Bildung‘.  
Bildung ist meistens Verbildung. Man muss sich für etwas interessieren und erwärmen können, dann lernt man es sowieso. Und man muss den Mut haben, sich immer wieder unter die kalte Dusche der Kritik zu stellen, weil man dadurch noch lebendiger und durchbluteter wird. So lebt man menschlich und bewahrt die Freiheit.«*

Mit dem Motto »Keine Angst vor Bildung« entwickelte sich die vh in den 1950er-Jahren zum »geistigen Mittelpunkt« der Stadt. »Wir wollen das allgemeine Niveau des Wissens heben, den Horizont weiten, Herz und Gemüt bilden und – vielleicht das Wichtigste – gute Impulse zur Formung und Gestaltung des persönlichen Lebens geben.« So fasste Inge Aicher-Scholl 1950 das Konzept der vh zusammen.

Als man 1967 endlich ein eigenes Haus – das EinsteinHaus – Foto erhielt, wurde die Idee dieses Hauses in drei Sätzen geradezu in den Grundstein gemeißelt: *»Für ein Haus, in dem Lernen eine Lust wird!! Für ein Haus, in dem Lernen zu Dialog führt! Für ein Haus, in dem Wissen zur Unabhängigkeit führt!«*

Und wie setzte man dies um? Im Zentrum der Arbeit standen die sogenannten »Donnerstagsvorträge«, in denen an jeweils vier Abenden ein Thema vertiefend behandelt wurde. Foto Denn nicht oberflächliche Information war angestrebt, sondern Auseinandersetzung mit dem Gehörten und selbstständiges Denken der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Als Referenten waren dem Kreis um Inge Aicher-Scholl die besten gerade gut genug: der Physiker Heisenberg, der Dichter Carl Zuckmayer, der Psychologe Mitscherlich, der Literaturwissenschaftler Walter Jens.

Genauso wichtig waren die Arbeitskreise. Denn hier ging es um die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Foto Vor allem war »Handlungsorientierung« angesagt, womit die vh zu dieser Zeit anderen Volkshochschulen um Jahrzehnte voraus war. Um nur einige der Themen zu nennen: Stadtplanung, Einrichtung einer (kleinen) Flüchtlingswohnung, Erziehungsfragen, die Durcharbeitung philosophischer Werke oder Fragen der Kommunalpolitik. Denn Sie wissen ja: »Einmischung erwünscht«.

In genau diesem Sinne beschäftigte sich die vh von Beginn an mit der Stadtplanung und -entwicklung Ulms. Kaum ein anderes Interessensgebiet ist mit solcher Kontinuität im Programm der Ulmer Volkshochschule der letzten fast 70 Jahre auszumachen. Hier diskutierte man 1947 *»Ulm im Jahr 2000«* und dreißig Jahre später, 1978, *»Die Ulmer Innenstadt verändert sich«*. Ging es zunächst um den Wieder-»Aufbau unserer Stadt«, so viele Jahre danach um die »Jahrhundertdiskussion«, um ein *»neues Gesicht für den Münsterplatz«*. *»Aus der Perspektive der Fußgänger«* wurde die Stadt 1978 ebenso thematisiert wie ein Jahr darauf aus dem Blickwinkel der *»Kinderfreundlichkeit«*, *»Unsere Umwelt in Ulm«* stand Mitte 1979 ebenso zur Debatte wie Ende desselben Jahres *»Fragen kommunaler Kulturpolitik«*. Nochmals einige Jahre später hieß es dann *»Stadtplanung und Architektur. Tendenzen der Zeit«* (1984) und *»Ist Ulm noch zu retten? Ein utopisches Spektakel«* (1986).

Wie schon gesagt: Die vh wollte »Ermöglichungsort« sein, »Ermöglichungsort« für die Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern in die Kommunal- und Regionalpolitik, »Ermöglichungsort« für das Aufbrechen der »Unwirtlichkeit unserer Städte« (Alexander Mitscherlich). Von daher lag es nahe, dass auch ein solch zentrales Thema wie die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs und der gesamten (auto)mobilen Gesellschaft im Haus der Volkshochschule seinen Diskussionsort fand.

Konkreter Ausgangspunkt dieser Beschäftigung war eine im September 1990 organisierte Tagung: *»Öffentlicher Personennahverkehr in der Region Ulm/Neu-Ulm. Stand – Ideen – Perspektiven – Konzepte – Bei-spiele.«* Um was es ging, wurde in einer vh-Publikation zur *»zukunfts-weisenden Verkehrsplanung«* wie folgt umschrieben:

*»Nicht nur der vieldiskutierte drohende Verkehrsinfarkt der Innenstädte hat uns dazu veranlasst, die in dieser Form erste Ulmer Verkehrstagung durchzuführen. Unser Ziel war es vielmehr, ein für Ulm/Neu-Ulm und die gesamte Region immer brisanter und*

*zentraler werdendes Thema aufzugreifen und damit Impulse zu geben für eine regionale Verkehrsentwicklungsplanung.«*

Von Bürgerschaft, Bürgerinitiativen, Gutachtern, Parteien und Stadtverwaltung in weiten Teilen akzeptiert, erhielt die vh in der Folgezeit den offiziellen Auftrag, sog. »Bürgergespräche« durchzuführen. Sie sollten deutlich machen, wo brennende Verkehrsprobleme in den Kommunen lagen und welche Lösungen bisher gedacht und (gegebenenfalls) praktiziert worden waren. Foto

Die »Foren« setzten sich mit folgenden Themen auseinander: »Die Straßenbahn als Hoffnungsträger? Chancen, Tendenzen, Entwicklungen«, »Leben in der Stadt. Zur Zukunft der Innenstädte«, »Kein Platz fürs Auto in der Stadt? Einkaufen und Freizeit einmal anders« und »Um Ulm und Neu-Ulm herum? Innenstadt und äußere Vernetzung«.

In diesem Rahmen war es möglich, neue Felder anzudenken. Zum Beispiel bei zwei Tagungen zu »Frauen in der Stadt« und zum »Nachtsammeltaxi«. Daraus entstand im Februar 1996 die »Ideenwerkstatt Frauen gestalten Ulm«. Die vh gab deren Ideen mit Hilfe einer Ausstellung und Beiträgen bei den Tagungen und »Verkehrsforen« Raum. Einmischung war (und blieb) erwünscht.

Diesen Gedanken haben wir uns bei allen Veränderungen erhalten. Noch immer verstehen wir uns als ein Ort des politischen und sozialen Lernens, als ein offenes Forum zur Diskussion aktueller politischer und zeit-geschichtlicher Vorgänge, gerade auch auf kommunaler Ebene. Noch immer verstehen wir uns als ein Ort zur Herstellung kritischer Öffentlichkeit. Dies meint aber – natürlich – nicht die dogmatische Katheder-Verkündigung. Die vh soll – im besten Sinne – ein »Ermöglichungsort« sein von gesellschaftlicher Meinungsbildung und kritischer Auseinandersetzung. Fotos

Damit will ich sagen, dass es angesichts des Zustands dieser Welt eminent wichtig ist, »Einmischung« nicht nur in billigen Sonntagsreden zu beschwören, sondern in der Alltäglichkeit des Lebens und Arbeitens. Es ist in meinen Augen eine Kernaufgabe, politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung zu betreiben, und zwar im gesellschafts-kritischen Sinne. Oder um es mit dem Soziologen Max Weber zu sagen: Es geht darum, mit dazu beizutragen, das »stahlharte Gehäuse Hörigkeit« zu sprengen. Umgekehrt gesagt: Es geht nicht darum, Menschen durch Kurse in der Volkshochschule zum stets flexiblen, allseits gut nachgeschulten Objekt der neoliberalen Welt zu machen. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat einmal als Grundprinzipien für politische Bildung folgende vier Punkte genannt:

- Politische Bildung darf nie stromlinienförmig sein.
- Politische Bildung muss Anstöße vermitteln.
- Politische Bildung hat sich im Kontext von Aufklärung zu definieren.
- Politische Bildung muss Denken provozieren.

Ich kann mit diesen vier Grundprinzipien sehr gut leben. Mehr noch: Sie sind auch Grundprinzipien meiner eigenen Arbeit. Und ich denke, dass sie auch Grundprinzipien nicht nur meiner Arbeit sein sollten, sondern – gestatten Sie mir bitte diesen Satz – unserer politischen Bildungsarbeit allüberall in der Republik. Ich denke, dass Volkshochschulen als öffentlich-rechtliche Einrichtungen in jeder Hinsicht dafür

prädestiniert sind. Wir bekommen unsere Förderung sicherlich nicht in erster Linie dafür, den »mainstream« zu bedienen oder die marktgängigen Angebote zu organisieren. Wie soll denn die viel zitierte und beschworene »Bürgergesellschaft« von einer hohlen Phrase zu einem lebendigen System entwickelt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht die Orte und die Themen haben, um sich zu informieren, zu diskutieren, Kontroversen auszutragen, nach Wegen zu suchen und – bestenfalls – Übereinstimmungen zu finden. Fotos

Als wir in Ulm vor genau 10 Jahren unsere »Akademie für bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit« ins Leben gerufen haben, hat uns der Stuttgarter Sozialwissenschaftler Paul-Stefan Roß fünf Wünsche mit auf den Weg gegeben. Ich finde sie so wichtig für unser aller Arbeit – für die politische Bildungsarbeit insgesamt –, dass ich sie hier zitieren möchte:

»Eine Akademie, die stark macht! Eine Akademie, die dazu befähigt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für die Stadt und ihre BewohnerInnen. BürgerInnen stärken in ihrem Engagement, sie handlungs- und sprachfähig machen. Aber: der Versuchung widerstehen, ‚Diplom-Bürger‘ oder ‚Halbprofis‘ ausbilden zu wollen.

Ein Entwicklungsmotor der Bürgergesellschaft! Nicht *nur* die BürgerInnen ansprechen! Weil die Bürgergesellschaft, die auf eine gemeinsame Verantwortung für die Stadt setzt und keine Verschiebebahnhof von Zuständigkeiten ist, *alle* angeht und von *allen* Entwicklungsprozesse erfordert: von der Politik, der öffentlichen Verwaltung, den Verbänden und Organisationen, den Unternehmen und Betrieben. Also: auch diese Akteure in geeigneter Weise ansprechen!

Eine bunte Akademie! Bunt was die *Themen* betrifft, die die Akademie aufgreift; bunt, was die *Formen* angeht, in denen sie arbeitet; und bunt hinsichtlich der *Partner*, mit denen sie zusammenarbeitet. Bitte keine ‚Beschulung‘ von BürgerInnen (und auch von sonst niemandem!), sondern auf kreativen Wegen Lern- und Entwicklungsprozesse inszenieren. Auch für solche BürgerInnen ‚Andockstellen‘ schaffen, die sich von sich aus eher schwer tun, in öffentlichen Angelegenheiten mitzureden und mitwirken. Unübliche Kooperationen erproben, statt allein mit den ‚üblichen Verdächtigen‘ zusammen zu arbeiten.

Eine vernetzte Akademie! Eine Akademie, die nah dran ist an den Menschen und Institutionen, mit denen sie arbeiten will. Weniger Bildungsangebote *für* ‚KundInnen‘, sondern Bildungsarbeit, die *mit* Kooperationspartnern gemeinsam entwickelt wird.

Eine risikofreudige Akademie! Eine Akademie als Forum, als Marktplatz, als Laboratorium für alle, die sich auf zivilen Wegen für die Gestaltung der Stadt engagieren (wollen). Themen in den öffentlichen Raum stellen, Akteure – Menschen und Institutionen – zusammenbringen. Experimente wagen.

Den zivilen Streit nicht fürchten – denn: ‚Die Bürgergesellschaft, von der wir reden, wird weniger das Ergebnis allgemeingültiger gemeinsamer Werte, als vielmehr das Ergebnisse ausgetragener Konflikte sein‘ (Nach M. Brumlik).«

Ich weiß nicht, ob man es noch besser formulieren kann. Ich will noch einmal ein anderes Beispiel nennen. Ulm nennt sich seit ein paar Jahren ganz offiziell eine »Internationale Stadt«. Internationalität ist aber keine – oder nicht nur eine – Frage der Theorie oder des Gemeinderatsbeschlusses, sondern sie ist eine Frage der Praxis, der bürgerschaftlichen Praxis, der konkreten Erfahrbarkeit. Auf den Punkt gebracht: Es bedarf der Orte des Erfahrens und Erlebens von Internationalität. Wir brauchen nicht bloß von der Stadtverwaltung organisierte »Arrangements«, wir brauchen auch die ungezwungene Alltäglichkeit. Wir haben solche Alltäglichkeiten immer wieder hergestellt, vor allem und besonders eindrucksvoll bei den »Allerweltfesten«, die wir mit vielen anderen Kooperationspartnern – vor allem aus dem Bereich der »Eine Welt-Arbeit« – seit Ende der 1990er-Jahre mitorganisieren. Fotos

Wenn man diese Bilder sieht, dann – glaube ich – wird klar, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft funktionieren kann. Allerdings oft nicht von ganz alleine, sondern als Resultat von ziemlich konsequenter politischer und sozialer Bildungsarbeit.

Was uns dabei auch wichtig ist, das ist der Aspekt des nicht nur kulturellen Programms, des – zugespitzt gesagt: nicht nur »folkloristischen Tralalas« –, sondern ebenso die Verortung des politischen Akzents. Deshalb haben wir »Politische Matineen« im Programm fest verankert. Wir haben zum Beispiel

- über die katastrophalen Konsequenzen des Uran-Abbaus in Tansania informiert und diskutiert,
- über die sozialen und ökologischen Folgen der Rohstoffgewinnung für Handys und Smartphones berichtet,
- wir haben die Frage gestellt und besprochen, was eigentlich der sog. »Krieg gegen den Terror« an Verheerungen im Bereich der Menschen-rechte angerichtet hat.
- Und wir haben schließlich – ein Punkt, der mir ganz wichtig ist – über die Eine-Welt-Arbeit – das globale Lernen – selbst diskutiert: Mit welchen Ideen, mit welchen Konzepten, mit welchen Grundlagen, mit welchen konkreten Abläufen betreiben wir selbst denn unsere »Entwicklungs-zusammenarbeit«? Sind wir selbst auch nur Teil des »Mitleidsindustrie« oder haben wir auch emanzipatorische Absichten? Ist die Floskel von der »gleichen Augenhöhe« mehr als eine Floskel? »Beyond Aid«, über die bloße Hilfe hinaus, ist eine Frage, die in meinen Augen keine abstrakte, sondern eine höchst zentrale ist. Ich bin überzeugt, dass wir auch immer wieder selbst intern und gruppen-übergreifend reflektieren müssen, was wir da tun, ob es mehr als »gut gemeint« ist. Auch hierzu können Volkshochschulen einen eminent wichtigen Beitrag leisten – als Orte, als Themengeber, als Organisatoren, als Moderatoren, als Mitdenker.

Ein weiterer Punkt. Wir alle leiden ein bisschen an dem Problem der »Überalterung«. Ich habe in all den letzten Jahren unzählige Male die Klage gehört, dass man für junge Menschen unerreichbar, nicht attraktiv genug sei. Und gleichzeitig wird ebenso oft davon geredet, dass es bei »den Jungen« im Facebook-Zeitalter so unglaublich unpolitisch zuginge, dass die »Spaß-Generation« kein Interesse an sozialem Engagement habe.

Ich kann dazu aus meiner Erfahrung nur sagen, dass das in dieser generalisierenden Sichtweise schlicht nicht stimmt. So war es uns immer ein Anliegen, im Rahmen der jeweiligen »Allerweltsfeste« oder bei »Schülerforen« in der Volkshochschule auch Schüler-Projekte vorzustellen und damit zu zeigen, welche Fülle an Engagement – an durchaus kritischem Engagement – auch bei heutigen Jugendlichen anzutreffen ist. Und gleichzeitig haben wir – umgekehrt – für die Jungen zeigen können, was wir tun und wo man sich – über die Schule hinaus – engagieren kann. Dieser Aspekt gehört für mich zu den eindrucksvollsten Kapiteln unserer Unternehmungen in diesem Bereich. Fotos

Wir hatten im Juni d. J. einen Abend mit Alberto Acosta aus Ecuador. Foto  
An diesem Abend ging es um ein großes südamerikanisches Konzept, um ein indigenes Konzept, das mittlerweile auch stärker in Europa diskutiert wird: Das »Buen Vivir«, das »Recht auf ein gutes Leben«. Foto

Dieses Konzept beinhaltet eine grundsätzlich andere Logik der Welt, eine Logik jenseits der zerstörerischen Wachstumsideologie, eine Logik, die auch der Natur ganz prinzipiell eigene fundamentale Rechte zuschreibt.

An dieser Veranstaltung, an der über 200 Menschen teilnahmen, waren neben der Volkshochschule noch weitere 24 Gruppen und Organisationen beteiligt. Nicht wenige erhofften sich von diesem Abend einen Rezept-Block – die Punkte 1 bis 5 oder 1 bis 8, die man abhaken müsse –, um zu einer »anderen«, zu einer demokratischeren und solidarischeren Welt zu kommen. Nein, diesen Gefallen hat Alberto Acosta niemandem getan, weil die andinen Welten Südamerikas doch sehr andere sind als die schwäbischen Welten, die bayerischen, die sächsischen oder die ostfriesischen Welten. Es bleibt uns nicht erspart – glücklicherweise –, uns selbst die Ärmel hochzukrempeln, Gedanken zu machen, aktiv zu werden und erste Schritte hin auf neue, eine andere Welt zu machen.

Wir haben deshalb als Ulmer Volkshochschule – wieder zusammen mit anderen Organisationen und Bündnissen wie zum Beispiel der Lokalen Agenda – eine erste »Welt-Werkstatt« organisiert, die heute in zwei Wochen mit einem Impuls von Harald Welzer von der Stiftung Futurzwei vorbereitet wird und Ende November in einen ersten Samstag-Workshop mündet, bei dem Gedanken, Ideen und Perspektiven zu einem »anderen Leben« entwickelt werden sollen. Wieder sind viele Gruppen und Grüppchen daran beteiligt und mit Sicherheit wird dies nur ein Anfang sein für viele weitere Werkstätten, aber immerhin ein Anfang für eine längere gemeinsame Arbeit. Dies alles – und ich glaube, man kann es nicht treffender formulieren –, dies alles steht unter einem Gedanken, den Harald Welzer so ausgedrückt hat:

*»Ich wehre mich gegen die Entpolitisierung und Schau-Naivität, mit der man heute sagt: Man kann ja nichts machen! Natürlich kann man was machen!«*

Der Kollege Klaus-Peter Hufer hat einmal in einem Aufsatz geschrieben: *»Unter solchen Vorzeichen gibt es Handlungschancen für politische Bildungsarbeit. Zunächst sei nochmals darauf hingewiesen, dass politische Bildung ihr Attribut*

*„politisch‘ nicht didaktisch reduzieren, sondern in gesellschaftsrelevanter Weise aufladen muss, will sie zum Kern der Ursache vordringen. Politische Bildung muss nicht nur pädagogisch, sondern auch politisch, und zwar im eindeutigen Sinn des Begriffs sein bzw. werden. «*

Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Genau das ist auch in meinen Augen der Punkt. Bei der politischen Erwachsenenbildung geht es – mit Verlaub – nicht nur ums Pädagogische, sondern auch und nicht zuletzt um das Politische. Es geht wesentlich um die kritische Auseinandersetzung mit bzw. das Transparentmachen von gesellschaftlichen, politischen und/oder ökonomischen Verhältnissen – auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Und es geht um die Aufforderung und Befähigung zur aktiv gestaltenden Teilnahme am gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Und das nicht nur bei einzelnen, besonderen Anlässen, sondern kontinuierlich.

Wenn sich politische Erwachsenenbildung darauf reduziert, allenfalls vor Wahlen einmal zu einer Podiumsdiskussion einzuladen und ansonsten nicht oder kaum erkennbar ist, dann wird sie auch nicht besonders resonanzfähig sein oder gar ein beachtenswerter »Faktor«, weder bei politischen Entscheidungsträgern noch bei Bürgerinnen und Bürgern.

Aber ich denke, Sie wissen es alle: Politisch ernstzunehmende, tatsächlich resonanzfähige Programme entstehen in den seltensten Fällen am isolierten Schreibtisch des Programmplaners. Unser jeweiliges Programm entsteht in unzähligen Gesprächen mit Kooperationspartnern, mit Leuten aus Gruppen, Initiativen, Vereinen. Viele unserer Veranstaltungen sind Kooperationsveranstaltungen. Wir müssen raus aus unseren Häusern und uns Partner suchen bzw. umgekehrt: Wir müssen als Partner interessant sein, um unsere Lebendigkeit zu gewinnen und zu behalten.

Die Klage über die geringe Resonanzfähigkeit der politischen Bildung ist natürlich nicht aus der Luft gegriffen, keine Frage. Auch ich habe Flops erlebt. Aber auch die Organisatoren des lebenslangen Lernens unterliegen ja höchstselbst dem lebenslangen Lernen. Ich zum Beispiel habe gelernt, dass es zwar ein edles Anliegen ist, zum Beispiel bei sportlichen Großveranstaltungen – Fußballweltmeisterschaften oder Olympischen Spielen – kritische Veranstaltungen zu setzen. So bei mir etwa vor ein paar Jahren während der WM in Deutschland einen ausgewiesenen Experten zur NS-Geschichte des Deutschen Fußballbundes einzuladen oder die Durch-kommerzialisierung des Fußballs beleuchten zu wollen. Ich habe begriffen: Bei allem kritischen Impetus, veranstaltungstechnischen Selbstmord braucht man auch nicht gerade zu begehen. Konkret: Zu den drei Veranstaltungen zu diesen Themen kamen insgesamt drei Interessierte. Der Rest saß wahrscheinlich beim public viewing und hatte schwarz-rot-goldene Bemalung aufgelegt. Nein, zugegebenermaßen, so etwas würde ich nicht noch einmal versuchen.

Im Ernst. Es fällt einem nichts in den Schoß. Es gibt keine Patentrezepte der Resonanzfähigkeit. An jedem Ort, in jeder einzelnen Einrichtung, in jedem Team sieht es anders aus. Aber sich von dem Politischen in der politischen Erwachsenenbildung zu verabschieden und diesen Abschied mit der geringen Resonanzfähigkeit zu begründen, halte ich – vorsichtig gesagt – für schräg. Sie ist schlicht eine »self-fulfilling prophecy«. Denn die Themen liegen in der Luft, wir

müssen sie nur beharrlich aufnehmen und kritisch diskutieren. Es gibt meines Erachtens keinen naturgegebenen Sachzwang zum Stammtisch. Wenn man es einmal keck so formulieren darf: Wir haben die viel besseren Stammtische.

Um einige Beispiele aus unserem Programm zu nennen:

- Die Diskussion um TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, muss an allen Ecken und Enden geführt werden. Sie gehören nicht in Hinterzimmer von Kneipen. Wenn schon die Verhandlungen strikte Geheimverhandlungen sind, dann müssen wir an den Volkshochschulen einen Ort schaffen, in dem die spärlichen Informationen bekannt gemacht, aufbereitet und pro und contra diskutiert werden können. Ich sage Ihnen: Dies ist ein enorm resonanzfähiges Thema. Foto Denn es geht hier nicht um eine simple Handelsvereinbarung, sondern es geht – um es etwas pathetisch zu sagen – um die Zementierung einer Weltordnung.
- Oder – ein nächstes Thema, in dem wir als Erwachsenenbildungseinrichtungen eine wichtige Rolle spielen können: Migration, Internationalität. Mehr denn je ist die Verschiedenheit sozialer und kultureller Milieus zur umfassenden Normalität geworden – und wird es dauerhaft bleiben. In unserer vh-Standortbestimmung »Wofür steht die Ulmer Volkshochschule?« haben wir geschrieben:  
*»Die Entwicklung interkultureller Kompetenz ist ein wesentliches Element zukünftiger Bildungsarbeit. Interkulturelle Ansätze beziehen dabei Mehrheit und Minderheit gemeinsam in die Gestaltung einer Gesellschaft der Vielfalt ein. Dies praktiziert die vh schon heute in vielfacher Weise, denn sie ist der Ort, an dem sich Menschen täglich begegnen, diskutieren, Interessen artikulieren, gegebenenfalls Konflikte austragen oder Konsens finden. Dozent/innen, Teilnehmer/innen und Mitarbeiter/innen eröffnen aufgrund ihrer unterschiedlichen kulturellen und nationalen Herkunft – aus über 100 Ländern – glaubwürdig neue Perspektiven des Zusammenlebens und Lernens.«* Fotos

Dies geschieht nicht von alleine, nicht nur in DaF-Kursen und beim »Afrikanischen Trommeln«, nein, dies ist auch eine stetige Aufgabe für unsere jeweiligen politischen Bildungsbereiche. »Pegida« und den »Pegida«-Gedanken lässt sich nicht in einmaligen Aktionen beikommen, sondern – wenn überhaupt – nur in kontinuierlicher, beharrlicher politischer Bildungsarbeit.

- Auch bezüglich der derzeitigen Flüchtlingsbewegungen müssen wir m. E. in der politischen Bildungsarbeit der medialen »Verteddybärisierung« der Flüchtlinge, wie Georg Diez dies unlängst im »Spiegel« genannt hat, entgegenwirken. Diez schreibt:



*»Was wir brauchen, ist eben gerade nicht die Stunde der Emotionen – Gefühle sind das Gegenteil von Politik, Gefühle vernebeln Probleme und Ursachen, Gefühle sind der Brei der Gegenwart, die in sich selbst versinkt. Und auch das immer noch und immer wieder erstaunliche Engagement so vieler Menschen lässt sich nicht auf ‚Gefühle‘ reduzieren. Auf Gefühlen kann man nichts bauen, mit Gefühlen kann man keine Zivilgesellschaft neu denken, durch Gefühle ändert sich nichts.«*

Aber es wird sich viel ändern. Wir werden nicht nur in Randbereichen über »Multikulturalität« diskutieren, sondern mittendrin und wahrscheinlich ziemlich hart. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek hat schon einmal ein paar Eckpunkte vorgegeben:

*»Keine Toleranz für religiöse, sexistische oder ethnische Gewalt auf irgendeiner Seite, kein Recht, anderen die eigene Lebensweise oder Religion aufzuzwingen, Respekt für die Freiheit jeder Person, die Gebräuche ihrer Gemeinschaft abzulegen. Wenn eine Frau sich entscheidet, ihr Gesicht zu verhüllen, muss diese Entscheidung respektiert werden; wenn sie sich entscheidet, ihr Gesicht nicht zu verhüllen, muss auch diese Freiheit garantiert werden.«*

Hier präsent zu sein, ist – selbstverständlich – nicht nur Aufgabe politischer Erwachsenenbildung, aber ich denke, es ist auch unsere Aufgabe, an dieser neuen Gesellschaft, die zweifellos kommen wird, mit-zuarbeiten. Da kann sich politische Erwachsenenbildung nicht weg-ducken, im Gegenteil: dies kann auch eine ihrer Stunden sein.

Es gäbe noch unheimlich viel zu sagen und ich bedauere es schon sehr, dass wir nicht mehr Zeit haben, aber ich habe Sie jetzt schon so lange monologisch traktiert. Aber Sie wissen ja: Wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über.

Eine letzte Bemerkung will ich auf jeden Fall noch machen. Natürlich kenne ich alle die Zwänge, denen politische Erwachsenenbildner in ihrer Arbeit gegenüberstehen. Ich bin jetzt 34 Jahre in der politischen Erwachsenenbildung unterwegs. Und ich bin weit entfernt davon, stets und ständig zu sagen: *»Jetzt machen Sie doch mal, es geht schon.«* Ich weiß, dass wir in Ulm – nicht zuletzt durch die Geschichte unserer »Urmutter« Inge Aicher-Scholl gute Voraussetzungen gelegt bekommen haben. Aber ich bin auch nicht bereit, kritiklos den Satz zu schlucken: *»Naja, Du in Ulm kannst das halt, bei mir geht das nicht.«* Ich bin überzeugt, dass »mehr geht« als viele denken. Natürlich kenne ich bestens die Diskussion um »Ausgewogenheit« bzw. – umgekehrt – den Vorwurf der »Indoktrination«.

Volkshochschulen sind »öffentliche Träger« . Das heißt, ihre Arbeit und das Angebot einer VHS müssen per definitionem offen und zugänglich sein für möglichst alle Interessen; gleichzeitig müssen die Entscheidungsprozesse durchschaubar und kontrollierbar sein. Da die Volkshochschulen – auch die e. V.-Volkshochschulen – mehr oder weniger eng verbunden sind mit den Kommunalverwaltungen ihres Einzugsbereichs liegen die Konflikte auf der Hand: Wer befindet mit welcher Kompetenz über die »Ausgewogenheit« eines VHS-Programms? Wie weit geht die »Autonomie« einer Volkshochschule, wo sind ihre Grenzen?

Wem gegenüber muss die »Transparenz« der Arbeit gewährleistet sein: den Teilnehmern, den Kommunalpolitikern oder den Mitgliedern einer Vereins-Mitgliederversammlung? Diese Fragen haben zu vielen Reibungen und Auseinandersetzungen geführt – örtlich wie überörtlich. Auch bei uns.

In der politischen Erwachsenenbildungsarbeit gibt es offensichtlich mehr »Experten« als anderswo: Amts- oder Mandatsinhaber, berufene oder sich berufen fühlende, ernannte oder selbsternannte Kontrolleure bestimmen oft genug Richtung und Grenzen mit. Der Eingriff in die Bildungsarbeit erscheint in der offiziellen Logik in der Regel immer, um »Indoktrination« zu vermeiden. Doch wer definiert wie und mit welcher Berechtigung, wann »Indoktrination« zu erwarten ist?

Um so bemerkenswerter finde ich es, dass es in der Geschichte der Ulmer Volkshochschule nur ganz wenige Versuche von direkten Interventionen in die politische Programmgestaltung gegeben hat. Und die liegen auch schon diverse Jahre zurück. Ein »Schmankerl« meines Giftschranks will ich Ihnen aber – Gott sei Dank mit einem gewissen Abstands-Amüsement – doch nicht vorenthalten. Da heißt es in einem Brief an die Volkshochschulleiterin:  
*»Ich bin der Meinung, dass Herrn Heusohn die Möglichkeit genommen werden sollte, die vh Ulm für rotgefärbte Agitation zu missbrauchen und sehe es als Ihre Aufgabe als Dienstvorgesetzte an, die Frage einer weiteren Tätigkeit des Herrn Heusohn einer eingehenden Prüfung und Würdigung zu unterziehen.«*

Ja, so etwas ist immer möglich, wenn man das Politische in der politischen Erwachsenenbildung unterstreicht und in Programme fasst. Aber ich sage Ihnen: Es ehrt auch. Denn es ist mir lieber, »Stein des Anstoßes« zu sein als gar nicht wahrgenommen zu werden. Unsere Aufgabe ist es, für Unruhe zu sorgen, nicht für Ruhe und Schweigen im Lande.

In diesem Sinne nochmals und abschließend Klaus-Peter Hufer: *»Politische Bildung ist das Gegenprogramm zu diesem Szenarium: In ihr wird darüber nachgedacht, wie partielle Interessen in allgemein verbindliche und konsensfähige Programmen umgesetzt werden können. Politische Bildung will Menschen unterstützen bei einer möglichst großen Autonomie – die keineswegs gleichzusetzen ist mit dem individualisierten Menschen der soziologischen Gegenwartsdiagnosen. Und politische Bildung setzt an die Stelle der Selbstinszenierung die Solidarität, gegen das Event die Empathie, gegen den Geiz die Gerechtigkeit. Politische Bildung ist der Ort, an dem sich Fremde begegnen, sich ihre Geschichten mitteilen und ihre Meinungen austauschen, wo aus Vorurteilen Urteile, aus Angst Vertrautheit, aus Feindseligkeit Anerkennung werden kann. Empirisch gesichert ist offenkundig, dass politische Informiertheit ,helfen (kann), fremdenfeindlichen Vorurteilen nicht allzu schnell auf den Leim zu gehen‘ (Ahlheim/Heger 1999)«*

Wir haben also viel zu tun, verdammt viel zu tun, aber ich denke: Resignation ist nicht angebracht, Depression hilft uns ebenso nicht weiter und ändert nichts an den Zuständen. Halten wir uns also doch ganz einfach an den unbekanntem Autor einer Inschrift irgendwo in Bogotá, wenn er an einer Hauswand meint: *»Bewahren wir uns den Pessimismus für bessere Zeiten«.*